



CDU



**Freie
Demokraten**

Rhein-Kreis
Neuss **FDP**

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

An Landrat
Hans-Jürgen Petrauschke
Oberstraße 91
41460 Neuss

11. August 2016

Resolution zur Abschaffung des Kommunal-Soli

Sehr geehrter Herr Landrat Petrauschke,

die Kreistagsfraktionen von CDU und FDP bitten Sie, die folgende Resolution dem Kreisausschuss am 24. August 2016 zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Resolution

Die rot-grüne Landesregierung bittet auch im kommenden Jahr die Kommunen im Rhein-Kreis Neuss zur Kasse. Während parallel das verfassungsgerichtliche Verfahren zum Kommunal-Soli läuft, veröffentlicht Innenminister Ralf Jäger (SPD) die geplanten Zahlungen für das Jahr 2017.

Demnach müssen die Kommunen im Rhein-Kreis Neuss in 2017 insgesamt rund 1,9 Mio. Euro bezahlen, darunter

- Meerbusch: 1.130.860 Euro
- Neuss: 408.443 Euro
- Kaarst: 365.034 Euro.

Besonders hart trifft es im kommenden Jahr die Stadt Kaarst, deren Zahlung sich mit rund 365.000 Euro fast vervierfacht. In den Jahren 2014 bis 2017 summieren sich die Zwangszahlungen der Kreiskommunen für den Kommunal-Soli auf fast 15 Mio. Euro.

Die rot-grüne Landesregierung setzt damit auch in 2017 eine falsche und ungerechte Politik fort, die den Kommunen im Rhein-Kreis Neuss auch im vierten Jahr in Folge wichtige Einnahmen entzieht, die sie selbst dringend benötigen.

Die kommunale Zwangsabgabe bestraft weiterhin diejenigen Kommunen, die in den vergangenen Jahren nachhaltig gewirtschaftet und enorme Sparanstrengungen unternommen haben. Zudem sind die Voraussetzungen, wann eine Kommune zur Zahlung herangezogen wird, immer noch intransparent, willkürlich und sagen nichts über die tatsächliche Finanzsituation der Zahler-Kommune aus. Von den 86 Kommunen, die im kommenden Jahr zur Zahlung des Kommunal-Soli herangezogen werden, befinden sich 19 selbst in der Haushaltssicherung und nur sechs haben einen tatsächlich ausgeglichenen Haushalt.

Darüber hinaus ist der Kommunal-Soli auch unwirksam, weil der Stärkungspakt nicht wirkt, sondern lediglich das bundesweit schärfste Kommunal-Steuer-Erhöherungsprogramm ist, ohne das eigentliche Problem zu lösen: die massive Verschuldung der Kommunen.

Der Rhein-Kreis Neuss lehnt den Kommunal-Soli weiterhin ab und fordert die rot-grüne Landesregierung nach 2014 und 2015 erneut dazu auf, umgehend auf die Zwangsabgabe zu verzichten.

Mit freundlichen Grüßen



Dieter W. Welsink
Vorsitzender der
CDU-Kreistagsfraktion
im Rhein-Kreis Neuss



Rolf Kluthausen
Vorsitzender der
FDP-Kreistagsfraktion
im Rhein-Kreis Neuss